

Beschluss Kein EU-Geld für Autokraten - Europas Rechtsstaat schützen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Regierung in Ungarn baut gezielt die Demokratie ab. Premierminister Viktor Orbán
- 2 gründet
- 3 seine Macht in Teilen auf Korruption und Vetternwirtschaft und nutzt sein Vetorecht als
- 4 nationalistisches Instrument und schränkt damit die Einheit und Handlungsfähigkeit der
- 5 EU
- 6 ein. Die Arbeit freier Medien und die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten werden
- 7 stark
- 8 eingeschränkt. In den vergangenen Jahren ließen sich auch in anderen EU-
- 9 Mitgliedstaaten
- 10 ähnliche Versuche beobachten, freie Medien zu bedrohen oder die Justiz anzugreifen.
- 11 Auch die polnische Regierungspartei PiS hat in den vergangenen Jahren einen
- 12 politischen Kurs
- 13 eingeschlagen, der die Unabhängigkeit der Justiz gefährlich untergräbt. Urteile des
- 14 Europäischen Gerichtshofs werden regelmäßig ignoriert. Die PiS-Partei hat die Rechte
- 15 von
- 16 Frauen, Angehörigen der LGBTQI-Community, Geflüchteten und vielen anderen
- 17 angegriffen.
- 18 EU-Regierungen, die die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte nicht
- 19 respektieren,
- 20 sollten mit entsprechenden finanziellen und politischen Konsequenzen rechnen müssen.
- 21 Das
- 22 Art. 7 Verfahren, welches zum Entzug des Stimmrechts für Mitgliedstaaten führen kann,
- 23 ist
- 24 allerdings durch die notwendige Einstimmigkeit im Rat blockiert. Die Bekämpfung von
- 25 Missbrauch und Korruption mit EU-Geldern muss jetzt höchste Priorität haben. Die
- 26 Verknüpfung
- 27 der Auszahlung von EU-Geldern an Rechtsstaatsprinzipien ist der wichtigste Beitrag der
- 28 EU,
- 29 um ein Abgleiten vom gemeinschaftlichen Wertekonsens zu verhindern. EU-Gelder
- 30 dürfen nicht
- 31 missbraucht werden, um die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.
- 32 Ungarn, aber auch Polen, zählen zu den größten Nettoempfängern in der EU. So erhielt
- 33 Polen
- 34 im Jahr 2020 13,2 Milliarden Euro aus dem regulären EU-Budget und Ungarn 4,9
- 35 Milliarden
- 36 Euro. Diese Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten ist wichtig, sie fußt aber auf einer
- 37 gemeinsamen Wertebasis, der sich alle Mitgliedsstaaten mit ihrem Beitritt zur EU
- 38 verpflichtet haben.
- 39 Die Europäische Kommission und ihre Präsidentin Ursula von der Leyen sind die
- 40 Hüterinnen der

25 Europäischen Verträge. Die Kommission ist verpflichtet, Demokratie und
26 Rechtsstaatlichkeit
27 zu verteidigen. Dafür muss sie die nötigen Instrumente nutzen. Wir begrüßen, dass die
28 EU
29 Kommission nun erstmals die Konditionalitäts-Verordnung angewandt hat und Ungarn
30 EU-Hilfen
31 in Höhe von 7,5 Milliarden Euro frieren will. Es ist enorm wichtig, dass dieses neue
32 Instrument rechtlich absolut einwandfrei und gerichtsfest genutzt und nicht beschädigt
33 wird.

34 Über den EU-Wiederaufbaufonds könnten noch weitere 35,4 Milliarden Euro an Polen
35 und 7,2
36 Milliarden Euro an Ungarn fließen. Der zuständige EU-Ministerrat hatte im Juni den
37 polnischen Wiederaufbauplan unter Auflagen genehmigt, ohne dass die polnische
38 Regierung
39 zuvor nennenswerte Justizreformen durchgeführt hat. Damit können nun die 35,4
40 Milliarden
41 Euro in Tranchen an die polnische Regierung ausgezahlt werden, wenn entsprechende
42 Meilensteine erfüllt werden. Diese Meilensteine sind allerdings umstritten. Die
43 Verhandlungen zwischen Kommission und ungarischer Regierung über die
44 Genehmigung des
45 ungarischen Wiederaufbauplans dauern noch an.

46 Europa muss die Grundrechte der EU-Bürger*innen in allen EU-Ländern verteidigen. Wir
47 müssen
48 dafür sorgen, dass EU-Gelder der Stärkung von Wohlstand, Demokratie und
49 Rechtsstaatlichkeit
50 dienen und nicht in den Taschen von Autokraten und ihren Freunden verschwinden.

51 Wir werben bei unseren europäischen Partnern dafür, dass schwerwiegende und
52 anhaltende
53 Verletzungen der EU-Werte Konsequenzen haben, die über haushaltspolitische
54 Maßnahmen
55 hinausgehen.

56 Wir BÜNDNISGRÜNE fordern:

- 57 • Die EU-Kommission auf, im laufenden Rechtsstaatsverfahren gegen die ungarische
58 Regierung die Suspendierung von EU-Geldern weiter voran zu treiben und bei
59 fortgesetzten Rechtsstaatsverstößen die Suspendierung weiterer Zahlungen zu
60 beschließen;
- 61 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat aktiv für ein solches Vorgehen
62 durch die EU-Kommission zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der
63 Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn einzutreten;
- 64 • Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, die
65 Zahlungsanträge der polnischen Regierung im Rahmen des Wiederaufbaufonds
66 nur zu
67 genehmigen, wenn die vereinbarten Meilensteine erfüllt und die dazugehörigen

55 EUGH-
Urteile umgesetzt werden;

- 56 • Die Europäische Kommission auf, den ungarischen Wiederaufbauplan nur in
57 Abhängigkeit
der Behebung der durch die EU-Kommission dokumentierten Rechtsstaatsverstöße
58 zu
genehmigen;
- 59 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat den ungarischen
Wiederaufbauplan
60 nur zu genehmigen, wenn die eklatanten Rechtsstaatsmängel behoben werden;
- 61 • Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge auf, die bestehenden
62 Rechtsstaatsinstrumente konsequent und zeitnah zu nutzen, und die Urteile des
63 Europäischen Gerichtshofs durchzusetzen.